

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Keine Verlängerung der A 100 – Planungsstopp für den 17. Bauabschnitt jetzt durchsetzen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat von Berlin wird aufgefordert, sich klar zu einem qualifizierten Abschluss des 16. Bauabschnitts der A 100 am Treptower Park auszusprechen und sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Autobahn GmbH mit der planerischen und baulichen Umsetzung beauftragt wird.

Zudem wird der Berliner Senat dazu aufgefordert:

- den 17. Bauabschnitt der A 100 aus der Projektanmeldung zum Bedarfsplan des Bundesfernstraßenausbaugesetzes zurückzunehmen sowie alle Anschlussplanungen für Stadtstraßen im Anschluss an den in der Storkower Straße laut bisheriger Planung endenden 17. Bauabschnitt einzustellen und
- den Flächennutzungsplan hinsichtlich aller Vorhalteflächen für den 17. Bauabschnitt der A 100 hin zu einer anderen Nutzung der vorgesehenen Flächen (z.B. Wohnungsbau, alternative Angebote für den Wirtschafts- und Güterverkehr, Sportangebote, Urban Gardening, Clubkultur oder temporäre Schulstandorte) zu ändern.

Der Senat soll sich gegenüber dem Bund dafür einsetzen, dass

- die Ausschreibung für die Planung des 17. Bauabschnittes der A 100 seitens der bundeseigenen Autobahn GmbH zurückgenommen wird und alle bereits erfolgten Planungen und Voruntersuchungen von der Bundesautobahngesellschaft eingestellt werden und

- der 17. Bauabschnitt aus dem Bundesverkehrswegeplan und dem dazugehörigen Fernstraßenausbaugesetz entfernt wird.

Des Weiteren wird der Senat aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der Bund zügig eine Alternative für die Gestaltung des finalen Autobahnabschlusses am Treptower Park (16. Bauabschnitt) inklusive eines qualifizierten Mobilitätsmanagements entwickelt.

Dem Abgeordnetenhaus ist erstmals zum 30. Oktober 2023 und danach jährlich zu berichten.

Begründung

Der Weiterbau der A 100 über den sich derzeit im Bau befindlichen 16. Bauabschnitt hinaus, ist aus Gründen des Klimaschutzes, des Städtebaus und aufgrund der enormen Kosten abzulehnen. Er würde zu massiven Belastungen für die Umwelt und für die in den betroffenen Wohngebieten lebenden Menschen führen.

Mit Beschluss vom 10.12.2020 hat der Senat anerkannt, „dass die fortschreitende Erderhitzung eine Klimanotlage darstellt, die dringendes Handeln und zusätzliche Anstrengungen zugunsten des Klimaschutzes und der Klimaanpassung erforderlich macht.“ Eine wesentliche Quelle für den Ausstoß des für die Klimaerhitzung hauptverantwortlichen Klimagases Kohlendioxid ist in Berlin der Straßenverkehr. Im Jahr 2019 lag der Anteil des Straßenverkehrs am Berliner CO₂-Ausstoß bei 21,4 Prozent. Der Verkehrssektor ist der einzige Sektor, in dem die Emissionen im Vergleich zum Ausgangsjahr 1990 absolut gestiegen sind, anstatt zu sinken. Wissenschaftliche Studien belegen zudem schon seit langem, dass der Bau neuer Straßen zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führt (induced demand). Hinzu kommt der erhebliche Ausstoß von Kohlendioxid durch den Bau der Autobahnabschnitte selbst, welcher weder mit den Klimazielen des Landes noch mit denen des Bundes vereinbar ist. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass der weitere Ausbau der A 100 einen Anstieg der CO₂-Emissionen im Verkehrssektor mit sich bringt und somit nicht mit dem Klimanotlagebeschluss des Senats in Einklang zu bringen ist.

Auch das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 (BEK 2030) erkennt an, dass bestehende Straßenplanungen unter klimapolitischen Gesichtspunkten neu evaluiert werden müssen und hält fest, dass sich der Senat folglich für einen qualifizierten Abschluss des 16. Bauabschnittes am Treptower Park einsetzt.

Abgesehen von der klimapolitischen Katastrophe sind die massiven Eingriffe aber auch aus städtebaulicher Sicht vollkommen unverhältnismäßig. Wo es heute gilt, den ohnehin schon viel zu knappen Wohnraum zu schützen, werden intakte Wohngebiete mit Wohnungen, Schulen und Parks abgerissen. Anstatt Verkehrsprobleme zu lösen, sorgt der Ausbau insbesondere an den geplanten Anschlussstellen zu regelrechten „Verkehrsinfarkten“.

Neben Umwelt, Klimaschutz und Städtebau sind die enormen Baukosten eine nicht hinnehmbare Steuergeldverschwendung. Der 16. Bauabschnitt der A 100 ist mit rund 700 Millionen Euro für 3,2 km der teuerste Straßenabschnitt in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Der 17. Bauabschnitt würde diesen traurigen Rekord noch einmal übertreffen.

Die A 100 in Berlin ist ein Relikt der autogerechten Stadt und ein eklatantes Beispiel für eine verfehlte Verkehrspolitik, weshalb der Weiterbau des 17. Bauabschnitts endgültig gestoppt werden muss.

Berlin, 30. August 2023

Jarasch Graf Kapek
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen